

Internetrecht und Digitale Gesellschaft

Band 19

Digitalisierung, Legal Technology und Innovation

**Der maßgebliche Rechtsrahmen für und
die Anforderungen an den Rechtsanwalt in
der Informationstechnologiesgesellschaft**

Von

Christina-Maria Leeb



Duncker & Humblot · Berlin

Digitalisierung, Legal Technology und Innovation

Der maßgebliche Rechtsrahmen für und
die Anforderungen an den Rechtsanwalt in
der Informationstechnologiesgesellschaft

Von

Christina-Maria Leeb



Duncker & Humblot · Berlin

Veröffentlicht mit finanzieller Unterstützung der Universität Passau.

Die Juristische Fakultät der Universität Passau hat diese Arbeit
im Jahre 2019 als Dissertation angenommen.

Diese Arbeit wurde mit dem Promotionspreis
der Rechtsanwaltskammer München 2019 ausgezeichnet.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2019 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach
Printed in Germany

ISSN 2363-5479
ISBN 978-3-428-15784-6 (Print)
ISBN 978-3-428-55784-4 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85784-5 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

„Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.“

Friedrich Schiller (1759–1805)

„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“

Gustav Heinemann (1899–1976)

Vorwort

Die Arbeitsweise von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten wird aller Voraussicht nach schon in – relativ betrachtet – wenigen Jahren in essentiellen Punkten nicht mehr derjenigen gleichen, die sie heute ist. Nach einer aktuellen Studie mit 928 befragten Berufsträgern gehen knapp 70% der Teilnehmenden davon aus, dass der Einsatz digitaler Technologien ihre Kanzlei „sehr stark“ oder zumindest „stark“ beeinflussen wird, wobei kein anderer Faktor höhere Werte erzielt hat.¹ Auch dem Rechtsmarkt im Gesamten stehen gravierende Umwälzungen bevor. Diesen Entwicklungen steht vor allem das bisweilen von den Berufsträgern selbst als (zu) eng empfundene Korsett des anwaltlichen Berufsrechts gegenüber, welches aus Gründen der eigenen Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Zeitalter gelockert werden müsse. Nicht erst die aktuellen Diskussionen um neue Geschäftsmodelle im Bereich „Legal Tech(nology)“ zeigen, dass das Berufsrecht einem über die Jahre hinweg betrachtet enormen Wandlungsprozess unterliegt, dies sowohl mit Blick auf die normativen Grundlagen als auch deren Interpretation durch Rechtsprechung und Literatur. Die besondere Herausforderung der vorliegenden Arbeit lag darin, ganz bewusst aus einem breit gewählten Ansatzpunkt heraus, konkret der Beleuchtung der Anwaltstätigkeit auf drei Ebenen – (i) Kanzleimarketing und externe Kommunikation, (ii) innerbetriebliche Arbeitsabläufe und interne Kommunikation sowie schwerpunktmäßig (iii) der Beratungsleistung als solcher – ein gerade auch auf grundlegende, rechtstheoretische Überlegungen gestütztes Anforderungsprofil für die Anwaltschaft in der gegenwärtigen Informationstechnologiegesellschaft herzuleiten.

Die vorliegende Arbeit wurde im Februar 2019 fertiggestellt und von der Juristischen Fakultät der Universität Passau im April 2019 als Dissertation angenommen. Grundlage der Veröffentlichung ist im Wesentlichen der Literatur-, Rechtsprechungs- und Gesetzesstand von Mai 2019.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dirk Heckmann, gebührt für die langjährige Unterstützung und Förderung im Rahmen meiner Tätigkeit an seinem Lehrstuhl ganz besonderer Dank. Er hat zudem durch zahlreiche wertvolle Anregungen, Ermutigungen und Ratschläge maßgeblich zum Gelingen der Arbeit beitragen. Bei Herrn Professor Dr. Peter Bräutigam möchte

¹ AdvoAssist/FORIS, Rechtsmarkt-Studie 2019, abrufbar unter: www.advo-assist.de/rechtsmarktforschung/ (zuletzt abgerufen am 23.05.2019).

ich mich für die so zügige Erstellung des Zweitgutachtens ebenfalls herzlich bedanken. Die Begeisterung, mit der beide das Internetrecht in allen seinen Facetten seit Jahrzehnten lehren und leben, ist bewundernswert und inspirierend zugleich.

Ein besonderer Dank gilt zudem auch der Universität Passau für die großzügige Unterstützung durch ein Promotionsabschlusstipendium, einen Druckkostenzuschuss sowie auch zahlreiche Neuanschaffungen von Büchern durch die Universitätsbibliothek.

Herrn Dr. Hermann Waldhauser danke ich herausgehoben und stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen von der Heussen Rechtsanwalts-gesellschaft mbH in München, die sowohl fachlich als auch persönlich eine große Bereicherung für mich darstellen. Aus den dortigen zahlreichen Diskussionen ist auch die Anregung zur vorliegenden Arbeit entstanden. Herrn Professor Dr. Benno Heussen gilt ebenso mein ganz besonderer Dank für methodische Hinweise von unschätzbarem Wert.

Großartige Unterstützung habe ich außerdem durch meinen besten Freund Gabriel Rackl erfahren, der zudem dankenswerterweise die Mühen der kritischen Durchsicht auf sich genommen hat. Bedanken möchte ich mich außerdem bei meinen langjährigen Freundinnen und Freunden Constantin Beier, Rebeca-Sophia Scheu, Stefanie Roßgotterer, Tobias Koch und Ferdinand Wessels. Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die mir während meiner Zeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Professor Dr. Dirk Heckmann zugewiesenen Hilfskräfte Katherine Kitur, Marion Kulbach, Luisa Lorenz, Florian Seiter und Denise Stamm. Die weitere Begleitung ihres Berufsweges liegt mir besonders am Herzen.

Zuletzt und gleichzeitig allen voran danke ich meinen Eltern, Anita und Christian Leeb, für ihre uneingeschränkte Unterstützung und Motivation bei der Verwirklichung meiner Ziele. Die Liebe, die ich für sie empfinde, lässt sich nicht in Worte fassen. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Passau, im Mai 2019

Christina-Maria Leeb

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

Einleitung und Problemaufriss 21

1. Kapitel

Digitale Transformation und vernetzte Gesellschaft 22

A. Schnelle Innovationsadoption als Charakteristikum 22

B. Society 4.0 und Informationstechnologiesgesellschaft 23

2. Kapitel

Der Mandant in der Informationstechnologiesgesellschaft 24

A. Veränderter Erwartungshorizont 26

B. Neue Herausforderungen am Beispiel der Industrie 4.0 27

3. Kapitel

Die Rechtsdurchsetzung in der Informationstechnologiesgesellschaft 30

A. Online-Streitbeilegung und Full-Service-Hybride 31

I. E-Commerce als typischer Anwendungsbereich der ODR 31

II. Full-Service-Hybride als aktuelle Markterscheinung 33

B. E-Justice 33

I. Vergangenheit und Gegenwart: Elektronischer Rechtsverkehr und Musterfeststellungsklage als wesentliche Eckpfeiler 33

II. Zukunft: Digitale Gerichtsöffentlichkeit als mögliches Leuchtturmprojekt? 37

4. Kapitel

Die Verwaltung in der Informationstechnologiesgesellschaft: E-Government 38

5. Kapitel

Der Rechtsanwalt in der Informationstechnologiesellschaft 40

- A. Bisheriges Leitbild des Rechtsanwalts 42
- B. Gegenwärtiges und zukünftiges Leitbild des Rechtsanwalts 44

6. Kapitel

Ziel und Begrenzung der Untersuchung 46

- A. Übergeordnete Zielsetzung 46
- B. Begrenzung 47
- C. Kernthese 48

*2. Teil***Begriffserläuterungen und Systematisierung** 49

1. Kapitel

**Bisherige Definitions- und Kategorisierungsansätze
von Legal Tech(nology)** 49

- A. Grundlegendes 50
- B. Kategorisierung nach Wirkungsphasen 51
 - I. Legal Tech 1.0 52
 - II. Legal Tech 2.0 52
 - III. Legal Tech 3.0 53
- C. Kategorisierung nach technischen Lösungsebenen 53
 - I. Unterste Ebene: Enabler 53
 - II. Mittlere Ebene: Support Processes Solutions 54
 - III. Oberste Ebene: Substantive Law Solutions 54
- D. Kategorisierung nach Themenfeldern 55
 - I. Industrielle Rechtsdienstleistungen 55
 - II. Blockchain 56
 - III. Künstliche Intelligenz 56
- E. Kategorisierung nach den Auswirkungen auf den Kern der juristischen Tätigkeit 57
 - I. Den Kern nicht berührende Produkte 57
 - II. Produkte zu Zwecken einer Effizienzsteigerung innerhalb einzelner Arbeitsschritte 58
 - III. Produkte zu Zwecken einer Veränderung im übergeordneten Arbeitsablauf 58

| | |
|--|----|
| Inhaltsverzeichnis | 13 |
| IV. Produkte zu Zwecken einer Veränderung der juristischen Tätigkeit in ihrer Gesamtstruktur bzw. der Ersetzung von Juristen | 58 |
| F. Eigene Bewertung und Resümee unter Einbeziehung der Rechtsprechung | 58 |

2. Kapitel

| | |
|---|----|
| Eigener Ansatz: Von der Digitalisierung über Legal Technology zur Innovation | 60 |
| A. Digitalisierung | 61 |
| I. Mehrdimensionalität als zentrales Element | 61 |
| II. Anwaltsvermittlung und Practice Management als Anwendungsgebiete der Rechtsberatungsbranche | 61 |
| B. Legal Technology | 62 |
| I. Legal Technology im weiteren Sinne (i. w. S.) | 62 |
| II. Legal Technology im engeren Sinne (i. e. S.) | 63 |
| C. Innovation: Legal Design Thinking als Schlüsselinstrument | 64 |

3. Kapitel

| | |
|---|----|
| Verhältnis von Legal Technology zur Rechtsinformatik | 66 |
| A. Einordnung als eigene Wissenschaftsdisziplin | 67 |
| B. Untersuchungsansatz | 69 |

3. Teil

| | |
|---|----|
| Der maßgebliche Rechtsrahmen für den Rechtsanwalt in der Informationstechnologiesellschaft | 71 |
|---|----|

1. Kapitel

| | |
|--|----|
| Kanzleimarketing und externe Kommunikation | 71 |
| A. Außendarstellung und Werbung im Internet | 71 |
| I. Homepage und Profile auf sozialen Netzwerken | 73 |
| 1. Allgemeine rechtliche Anforderungen | 75 |
| a) Informationspflichten | 76 |
| aa) Anbieterkennzeichnung | 76 |
| bb) Außergerichtliche Streitschlichtung | 79 |
| cc) Pflichtangaben nach der DL-InfoV | 82 |
| dd) Datenschutzrecht | 84 |
| b) Berufs- und wettbewerbsrechtliche Vorgaben für Werbeinhalte: Grundlagen | 85 |
| aa) Verbot der Direktwerbung im konkreten Einzelfall | 86 |

| | |
|--|-----|
| bb) Sachlichkeitsgebot | 87 |
| cc) Allgemeine Vorgaben des Wettbewerbsrechts | 87 |
| 2. Domainwahl | 89 |
| a) Kombination aus Berufsbezeichnung und Ortsangabe | 90 |
| b) Gattungsbegriffe | 90 |
| c) Einzelne Rechtsgebiete | 91 |
| 3. Online-Gästebücher, Blogs und Foren | 92 |
| a) Grundsätzliches und Äußerungen Dritter | 92 |
| b) Eigens verfasste Beiträge des Rechtsanwalts | 94 |
| 4. E-Mail-Newsletter | 95 |
| a) Ausdrückliche Einwilligung der Empfänger | 96 |
| b) Prinzip der Datenminimierung, Erkennbarkeit des Absenders und des werblichen Charakters der Nachrichten sowie Anbieterkenn- zeichnung | 98 |
| 5. Social Media: Facebook, XING, LinkedIn, Twitter, YouTube u. a. ... | 99 |
| a) Informationspflichten | 101 |
| b) Berufs- und wettbewerbsrechtliche Vorgaben | 101 |
| c) Anbieterkennzeichnung | 102 |
| d) Erkennbarkeit und Kennzeichnung von Werbung | 103 |
| e) Befangenheit | 105 |
| f) Datenschutzrechtliche Besonderheiten | 106 |
| 6. Mobile Applikationen (Apps) | 108 |
| a) Anbieterkennzeichnung | 109 |
| b) Weitere Informations- und Belehrungspflichten | 110 |
| c) Datenschutz- und datensicherheitsrechtliche Besonderheiten ... | 111 |
| II. Internetauktionen | 113 |
| III. Bewertungsportale | 114 |
| IV. Online-Suchdienste und -Verzeichnisse | 116 |
| 1. Allgemeine Internet-Suchmaschinen und deren Optimierung | 116 |
| 2. Branchenspezifische Geschäftsmodelle | 118 |
| a) Impressumspflicht | 119 |
| b) Unzulässige Werbung Dritter für den Anwalt und unzulässige Alleinstellungsbehauptung | 120 |
| V. Online-Marktplätze | 121 |
| 1. Vermittlungs- bzw. Provisionsverbot | 123 |
| 2. Verbraucherwiderrufsrecht aus Fernabsatzrecht | 125 |
| B. Elektronische Kommunikation mit Mandanten, Gerichten, Behörden und Dritten | 128 |
| I. Nutzung von E-Mail-Diensten in der Mandantenkommunikation | 129 |
| 1. Vertraulichkeit von E-Mails | 129 |
| a) Normativer Schutz anwaltlicher Vertraulichkeit | 130 |
| aa) Unionsrechtliche Ebene | 130 |
| bb) Verfassungsrechtliche Ebene | 132 |
| cc) Einfachrechtliche Ebene | 133 |
| dd) Vertragliche Ebene | 134 |

| | |
|--|-----|
| b) Pflicht zur Verschlüsselung? | 134 |
| 2. Gestaltung von E-Mails | 140 |
| 3. Pflichten im Zusammenhang mit dem Eingang von E-Mails | 141 |
| a) Abrufzeiten und unverzügliche Kundgabe etwaiger Mandatsablehnung | 141 |
| aa) Zugang von E-Mails | 142 |
| bb) Reaktionszeit | 143 |
| cc) Reaktionsweg | 144 |
| b) Kontrolle des Spam-Ordners | 145 |
| II. Nutzung von Social Media und Instant-Messaging-Diensten in der Mandantenkommunikation | 146 |
| 1. Regelmäßige Überwachung und Kontrolle der Kommunikationskanäle | 147 |
| 2. Vertraulichkeit und Authentizität | 148 |
| III. Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) | 151 |
| 1. Praktische Einsatzszenarien | 151 |
| 2. Rechtliche Grundlagen | 152 |
| 3. Technische Funktionsweise | 153 |
| 4. Pflicht zur Nutzung aus Anwaltssicht? | 158 |
| a) Passive und aktive Nutzungspflicht | 159 |
| aa) Passive Nutzungspflicht | 160 |
| bb) Aktive Nutzungspflicht | 162 |
| b) Unverhältnismäßiger Erfüllungsaufwand für Rechtsanwälte? | 165 |
| aa) Legitimer Zweck | 166 |
| bb) Geeignetheit und Erforderlichkeit | 167 |
| cc) Angemessenheit | 167 |
| c) Unverhältnismäßige subjektive Anforderungen an Rechtsanwälte? | 171 |
| IV. Nutzung weiterer sicherer Kommunikationsmittel: beBPO, De-Mail, E-Postbrief, qualifizierte Vertrauensdienste nach der eIDAS-Verordnung | 173 |
| 1. Besonderes elektronisches Behörden-Postfach (beBPO) | 174 |
| 2. De-Mail | 174 |
| 3. E-Postbrief | 175 |
| 4. Qualifizierte Vertrauensdienste nach der eIDAS-Verordnung | 176 |
| C. Zusammenfassung des 1. Kapitels | 176 |

2. Kapitel

| | |
|--|------------|
| Innerbetriebliche Arbeitsabläufe und interne Kommunikation | 180 |
| A. Einsatz von Kanzleisoftware | 181 |
| I. Elektronische Handaktenführung | 181 |
| 1. Zulässigkeit der digitalen anwaltlichen Aktenführung als solche | 182 |
| a) § 50 Abs. 4 BRAO als Ausgangspunkt | 182 |
| b) Begriff der „Handakte“ | 184 |

| | |
|--|-----|
| 2. Ausgestaltung der digitalen Aktenführung des Rechtsanwalts im Einzelnen | 184 |
| a) Ordnungsgemäße Mandatsdokumentation | 185 |
| aa) Zentraler Speicherort | 186 |
| bb) Exklusiver Speicherort | 187 |
| cc) Notierung und Kontrolle von Fristen | 187 |
| b) Maßnahmen zum Schutz anwaltlicher Vertraulichkeit | 190 |
| II. IT-basierte Auswertung von Dokumenten | 191 |
| 1. Pflicht zum einheitlich strukturierten Parteivortrag de lege lata | 194 |
| 2. Pflicht zum einheitlich strukturierten Parteivortrag de lege ferenda aus verfassungsrechtlicher Betrachtung | 195 |
| B. IT-Outsourcing | 200 |
| I. Strafrechtliche Implikationen | 201 |
| 1. Bisheriges Recht | 201 |
| 2. Geheimnisschutzreform 2017 um § 203 StGB | 203 |
| a) Strafbarkeit des Berufsgeheimnisträgers | 203 |
| aa) Fehlende Erforderlichkeit der Offenbarung eines fremden Geheimnisses | 204 |
| bb) Mangelnde Sorgfalt bei der Verpflichtung des Dienstleisters | 206 |
| b) Strafbarkeit der externen Dienstleister | 207 |
| II. Berufsrechtliche Implikationen | 208 |
| 1. Vorgaben der BRAO | 208 |
| a) Verschwiegenheitserklärung in Textform | 208 |
| b) Auslagerung von (IT-)Dienstleistungen in das Ausland, insbesondere Cloud Computing | 209 |
| aa) Grundlegendes | 209 |
| bb) Praxisrelevanter Anwendungsfall: Inanspruchnahme großer (Cloud-)Diensteanbieter mit Sitz in den USA | 210 |
| c) Zusätzliche Vorgaben des § 43 Abs. 5 BRAO | 212 |
| 2. (Keine) Vorgaben der BORA | 212 |
| a) Verschwiegenheitserklärung in Schriftform | 212 |
| b) Sozialadäquanz | 213 |
| III. Datenschutzrechtliche Implikationen: insbesondere Auftragsverarbeitung | 214 |
| C. Informationsbeschaffung und Recherche im Web 4.0 | 216 |
| I. Elektronische Register und Veröffentlichungen | 218 |
| II. Juristische Online-Datenbanken | 220 |
| 1. Generelle Nutzungspflicht für Rechtsanwälte? | 221 |
| a) Gesetzesänderungen, Rechtsprechung und Literatur als typische Anwendungsfälle? | 221 |
| b) Eigene Bewertung | 223 |
| aa) Keine generelle Nutzungspflicht | 223 |

| | |
|--|-----|
| bb) Ausnahmen bei reiner Online-Abrufbarkeit | 224 |
| cc) Ausnahmen in bestimmten Rechtsbereichen | 225 |
| 2. Verkürzter Toleranzzeitraum für die Kenntnisnahme neuer Rechts- sprechung? | 226 |
| D. Zusammenfassung des 2. Kapitels | 227 |

3. Kapitel

Beratungsleistung des Rechtsanwalts als solche 228

| | |
|---|-----|
| A. Substituierbarkeit und Veränderung anwaltlicher Beratung | 229 |
| I. Durch Blockchain und Smart Contracts | 231 |
| 1. Technische Grundlagen | 231 |
| 2. Substituierungspotenzial | 233 |
| 3. Veränderungspotenzial | 235 |
| II. Durch Anwalts-Chatbots | 236 |
| 1. Technische Grundlagen | 236 |
| 2. Substituierungspotenzial | 237 |
| 3. Veränderungspotenzial | 239 |
| III. Durch Robot Lawyers und Künstliche Intelligenz (KI) | 239 |
| 1. Technische Grundlagen | 239 |
| 2. Substituierungspotenzial | 243 |
| 3. Veränderungspotenzial | 245 |
| IV. Kollaboration als Geschäftsmodell der Zukunft: Virtuelle Sozietäten . . | 246 |
| V. Exkurs: Zukunft der Anwaltsvergütung | 247 |
| 1. Stundenbasierte Vergütung als Auslaufmodell | 248 |
| 2. Einfluss von Legal Technology: Kostentransparenz und -druck als maßgebliche Faktoren | 250 |
| B. Ausgewählte Regulierungsbereiche de lege lata | 251 |
| I. Erlaubnispflicht nach Rechtsdienstleistungsrecht | 252 |
| 1. Legal Technology-Angebote nichtanwaltlicher Dienstleister für Verbraucher am Beispiel des verdeckten Einsatzes von Anwalts- Chatbots | 253 |
| a) (Selbstständige) Erbringung außergerichtlicher Rechtsdienstlei- stungen? | 256 |
| aa) Dienstleistung in konkreten fremden Angelegenheiten und Erfordernis einer einzelfallbezogenen Rechtsprüfung | 256 |
| bb) Tätigkeit | 259 |
| cc) Selbstständige Erbringung | 260 |
| b) Relevante Erlaubnistatbestände | 262 |
| aa) Inkassodienstleistungen | 262 |
| bb) Unentgeltliche Rechtsdienstleistungen | 264 |
| 2. Legal (Process) Outsourcing | 264 |

| | | |
|------|--|-----|
| a) | Erfordernis einer rechtlichen Prüfung im Einzelfall | 266 |
| b) | Erstattung wissenschaftlicher Gutachten | 266 |
| c) | Adressaten der Erlaubnispflicht | 267 |
| II. | Anwaltliche Vertraulichkeit | 269 |
| 1. | Entwicklung und Nutzung von Anwalts-Chatbots | 269 |
| a) | Nutzung von kommerziellen Entwicklungsplattformen | 269 |
| b) | Kommunikation über Instant-Messaging-Dienste | 271 |
| c) | Allgemeine datenschutzrechtliche Herausforderungen | 272 |
| d) | Besonderheiten bei selbstlernenden Chatbots | 272 |
| 2. | Legal (Process) Outsourcing | 273 |
| a) | Einwilligungserfordernis | 273 |
| b) | Sozialadäquanz | 274 |
| III. | Kanzleipflicht | 274 |
| 1. | Geregelte Erreichbarkeit des Rechtsanwalts in örtlich festgelegten Kanzleiräumen | 275 |
| 2. | Kanzleischild bzw. Praxishinweis | 276 |
| IV. | Resümee zur Regulierung de lege lata | 278 |
| C. | Zentrale Regulierungsansätze de lege ferenda | 279 |
| I. | Spezifische Vorschläge zur Regulierung und Deregulierung im Kontext der Rechtsberatung | 279 |
| 1. | Gesonderte Aufsicht für Legal Technology-Dienstleister | 280 |
| a) | Grundlegendes | 280 |
| b) | Geltungsumfang des RDG unter besonderer Berücksichtigung der Erlaubnistatbestände | 281 |
| c) | Ausgestaltung der Aufsichtsbefugnisse | 285 |
| d) | Zwischenergebnis | 286 |
| 2. | Gesonderte Marktbeobachtung durch Verbraucherzentralen? | 288 |
| 3. | Lockerungen im anwaltlichen Gesellschaftsrecht zur Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten an nichtanwaltlichen Legal Tech- nology-Unternehmen? | 291 |
| a) | Fremdkapitalverbot und Fremdbesitzverbot nach § 59e BRAO | 291 |
| b) | Schranken der beruflichen Zusammenarbeit nach § 59a BRAO | 293 |
| c) | Zwischenergebnis | 294 |
| 4. | Uneingeschränkte Erlaubnis von Erfolgshonoraren? | 295 |
| II. | Übergreifende Regulierungsansätze | 299 |
| 1. | Zivilrechtliche Haftung für autonome Systeme | 299 |
| a) | Erweiterung des Produkthaftungsrechts auf unkörperliche Gegen- stände? | 301 |
| aa) | Stand der Diskussion: Web Applikationen bzw. Software als Produkt i. S. d. § 2 ProdHaftG? | 301 |
| bb) | Eigene Bewertung: Unmittelbare Steuerungsfunktion und unmittelbares Schädigungspotenzial als zusätzliche Voraus- setzungen | 302 |

| | |
|--|-----|
| cc) Berücksichtigung etwaiger Haftungsprivilegierungen | 304 |
| b) Schaffung der Elektronischen Person (E-Person)? | 305 |
| 2. Erweiterte Transparenzvorgaben? | 308 |
| a) Gesetzgeberische Aktivitäten | 309 |
| b) Vorschläge zum Interessenausgleich | 310 |
| 3. Ethical Coding? | 313 |
| a) Gesetzgeberische Aktivitäten | 313 |
| b) Eigene Bewertung | 316 |
| III. Resümee zur Regulierung de lege ferenda | 317 |
| D. Zusammenfassung des 3. Kapitels | 318 |

4. Teil

**Rechtstheoretische Überlegungen und
die Anforderungen an den Rechtsanwalt
in der Informationstechnologiesellschaft** 321

1. Kapitel

**Rechtstheoretische Überlegungen:
Auswirkungen von Digitalisierung, Legal Technology und
Innovation auf das Recht und den Zugang zum Recht** 321

| | |
|---|-----|
| A. Digitalisierung, Legal Technology, Innovation und das Privatrecht | 322 |
| I. Diskrepanz zwischen der Lebenswirklichkeit und dem Privatrecht | 322 |
| II. Diskrepanz zwischen der Rechtsdurchsetzung und dem Privatrecht | 324 |
| B. Digitalisierung, Legal Technology, Innovation und das Öffentliche Recht | 325 |
| I. Legal Technology und der Zugang zum Recht | 326 |
| 1. Full-Service-Hybride als Triebfeder für eine Zwei-Klassen-Rechts- durchsetzung oder Chance für den Rechtsstaat? | 327 |
| 2. Wider der Legal Tech(nology) Gap – die Rolle des Staates | 330 |
| II. Zukunft des anwaltlichen Berufsrechts | 331 |
| C. Exkurs: Legislative und judikative Entscheidungsprozesse im Wandel | 333 |
| I. Visualisierung des Rechts | 333 |
| 1. Visualisierung im Gesetzgebungsprozess | 334 |
| 2. Visualisierung als Implementierungshilfe des Rechts | 335 |
| II. Softwaretechnische Umsetzbarkeit des Rechts | 337 |
| III. Predictive Justice | 339 |
| 1. Begriffliche Einordnung | 339 |
| 2. Potenziale und Herausforderungen | 340 |

2. Kapitel

**Anforderungen an den Rechtsanwalt
in der Informationstechnologiegesellschaft** 343

| | | |
|------|---|-----|
| A. | Stellung als Organ der Rechtspflege | 344 |
| B. | Fortbildung | 345 |
| I. | Normative Verankerung im geltenden Berufsrecht | 346 |
| 1. | Fortbildungspflicht für Fachanwälte, § 15 FAO | 346 |
| 2. | Allgemeine Fortbildungspflicht für Rechtsanwälte, § 43a Abs. 6 BRAO | 347 |
| II. | Gescheiterte Reformbestrebungen in 2017 | 349 |
| III. | Allgemeine IT-Fortbildungspflicht | 351 |
| 1. | Problem und Regelungsbedürfnis | 351 |
| 2. | Lösungsvorschlag | 353 |
| a) | Vergleich zum US-amerikanischen Berufsrecht | 353 |
| b) | Schlussfolgerungen für das nationale Berufsrecht: insbesondere Ergänzung des § 43a Abs. 6 BRAO | 355 |
| aa) | Ausgangslage und Regelungsziele | 355 |
| bb) | Eckpfeiler einer Novellierung | 357 |
| IV. | Resümee und Ausblick | 359 |

3. Kapitel

**Anforderungen an die Juristenausbildung
in der Informationstechnologiegesellschaft** 360

| | | |
|-----|--|-----|
| A. | E-Justice-Kompetenz | 361 |
| I. | Bedeutung, Inhalt und Lernziele | 361 |
| II. | Umsetzung und rechtliche Verankerung | 362 |
| B. | E-Klausuren und E-Staatsexamen | 365 |

4. Kapitel

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Ausblick 367

| | |
|-----------------------------------|-----|
| Literaturverzeichnis | 371 |
| Sachwortverzeichnis | 429 |

Die Abkürzungen, die im Text benutzt wurden, richten sich nach: *Hildebert Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Auflage 2018, Berlin.

1. Teil

Einleitung und Problemaufriss

„Das Juristen in der Gegenwart wohl am intensivsten beschäftigende Zukunftsthema ist der Einfluss der fortschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche auf das Schicksal künftigen juristischen Arbeitens.“¹

Die Tätigkeit der Rechtsanwältin und des Rechtsanwalts² bewegt sich nicht losgelöst von personellen wie gesellschaftlichen, äußeren Einflüssen. Vielmehr steht sie in direkter Relation zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, zu dem Horizont der Mandanten sowie zu den Bereichen Rechtsdurchsetzung und Verwaltung, was die nachfolgende Grafik in vereinfachter Darstellung verdeutlichen soll. Zugleich bilden die modernisierungsgeprägten, (prozess-)rechtlichen Vorgaben im Zusammenhang mit E-Justice und E-Government in Kombination mit dem anwaltlichen Berufsrecht gewissermaßen das normative „Handwerkszeug“ des Rechtsanwalts. Die genannten Faktoren, darunter insbesondere die Erwartungshaltung der Mandanten vor dem Hintergrund betriebswirtschaftlicher Erwägungen sowie auch ein gewisser normativer Zwang, treiben und beeinflussen die anwaltliche Tätigkeit. Konkret wirken sie sich als Innovationstreiber – zumindest indirekt – auf Ausmaß und Schnelligkeit der Digitalisierung in der Rechtsdienstleis-

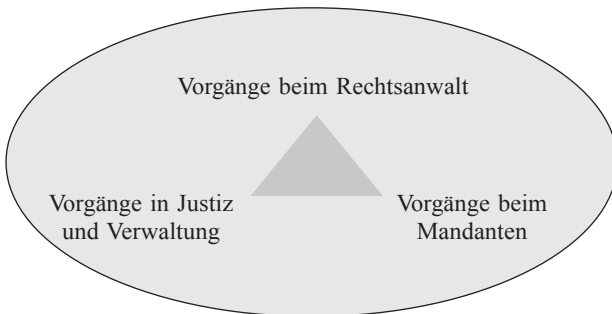


Abbildung 1: Vereinfachte Umfeldbetrachtung zur Annäherung an notwendige Anpassungsvorgänge in der Rechtsberatungsbranche

¹ Kilian, AnwBl 2018, 160.

² Im Rahmen der nachfolgenden Bearbeitung wird ausschließlich das generische Maskulinum verwendet, womit stets sämtliche Geschlechter angesprochen werden.

tungsbranche aus.³ Hieraus folgt, dass eine Betrachtung des Umfelds ebenso erforderlich ist wie die Festlegung von Ziel und Begrenzung der Untersuchung.

1. Kapitel

Digitale Transformation und vernetzte Gesellschaft

Von der digitalen Transformation sind alle betroffen – Privatpersonen, Wirtschaft, Staat und Kirche. Sie führt zu einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung in sämtlichen Lebens- und Arbeitsbereichen. Dies hat der Rat der Europäischen Union schon Ende 1996 zutreffend prophezeit.⁴ Smartphones und Computer sind beispielsweise aus dem Alltag und Berufsleben nicht mehr wegzudenken.

A. Schnelle Innovationsadoption als Charakteristikum

Vier Merkmale sind für digitale Transformationsprozesse charakteristisch: Unausweichlichkeit, Unumkehrbarkeit, Unsicherheit in der Ausführung und ungeheure Schnelligkeit.⁵ So betrug einer Studie von Rita McGrath zufolge die Zeitspanne, binnen derer 10% der US-amerikanischen Bevölkerung die Elektrizität nach deren Erfindung genutzt hat, 30 Jahre.⁶ Während es für dieselbe Nutzungsrate bei der analogen Telefonie immerhin noch 25 Jahre bedurfte, nutzte nach nur fünf Jahren bereits jeder zehnte US-Amerikaner das Smartphone.⁷

Die hohe Branchendynamik und Entwicklungsgeschwindigkeit von digitalen Technologien erfordern im Unternehmensbereich hohe Investitionsraten, vor allem in den Themenfeldern prädiktive Analytik, maschinelles Lernen und Vernetzung.⁸ Anwendungsbeispiele in einer durch das *Internet of Things*

³ Vgl. *Caba/Gansel*, in: Breidenbach/Glatz, Rechtshandbuch Legal Tech, Teil 1.2 Rn. 5; *M. Hartung*, in: Hartung/Bues/Halbleib, Legal Tech – Die Digitalisierung des Rechtsmarkts, Rn. 10 (34).

⁴ *Pieper*, in: Taeger, Tagungsband DSRI Herbstakademie 2017, S. 555 unter Verweis auf die Entschließung des Rates v. 21.11.1996 über die neuen politischen Prioritäten im Hinblick auf die Informationsgesellschaft, ABl. EG v. 12.12.1996, 96/C 376/01, S. 1.

⁵ *Krcmar*, in: Oswald/Krcmar, Digitale Transformation, S. 5 (5 m. w. N.).

⁶ *McGrath*, Harvard Business Review 2013, <https://hbr.org/2013/11/the-pace-of-technology-adoption-is-speeding-up> (zuletzt abgerufen am 15.01.2019).

⁷ *McGrath*, Harvard Business Review 2013, <https://hbr.org/2013/11/the-pace-of-technology-adoption-is-speeding-up> (zuletzt abgerufen am 15.01.2019).

⁸ *Krcmar*, in: Oswald/Krcmar, Digitale Transformation, S. 5 (9).

(IoT) ermöglichen, vernetzten Gesellschaft gibt es zuhauf.⁹ Smarte Geräte halten gleichermaßen zunehmend Einzug in Unternehmen und Privathaushalte – schon 2011 wurde für das Jahr 2020 eine Anzahl von 50 Milliarden vernetzten Geräten weltweit prognostiziert.¹⁰ Das automatisierte und vernetzte Fahren bildet die Zukunft der Mobilität. Auch in vielen weiteren Bereichen geht die Entwicklung unter dem Stichwort „Künstliche Intelligenz (KI)“ in Richtung vernetzter und zunehmend autonom agierender, intelligenter Systeme.¹¹ Die hieraus – etwa mittels Sensoren – gewonnenen, enormen Datenmengen lassen sich mithilfe komplexer *Big Data-Analysen* in verschiedene Richtungen hin auswerten.

Die vernetzte Gesellschaft ermöglicht und begünstigt ihrerseits die *Sharing Economy*, in der bestimmte Dienstleistungen und Güter nur noch nach individuellem Bedarf beansprucht werden, darunter beispielsweise Wohnungen, Büros, Fahrzeuge, Haushaltsgegenstände und Gartengeräte sowie Gegenstände für den Freizeitbedarf wie z. B. Sportausrüstungen, Musikinstrumente und Filmzubehör. Nicht in Gebrauch befindliches Eigentum benötigt Raum und verursacht mitunter hohe Anschaffungs- und Unterhaltskosten. Ebenso schränkt es die Mobilität ein, während sich die „rent-a-xy“-Bewegung aufgrund der damit verbundenen Ressourcenschonung auch auf Umweltaspekte positiv auswirkt.

B. Society 4.0 und Informationstechnologiegesellschaft

Um die beschriebenen Veränderungen in der Gesellschaft zusammenzufassen, hat die Literatur bereits die Schlagwörter „Society 4.0“¹² sowie „Informationengesellschaft des 21. Jahrhunderts“¹³ bzw. „Informationstechnologiegesellschaft“¹⁴ hervorgebracht.

⁹ Hierzu *Oswald/Setzke/Riasanow/Krcmar*, in: *Oswald/Krcmar*, Digitale Transformation, S. 12 (22 f. m. w. N.).

¹⁰ Cisco IBSG/*Evans*, Das Internet der Dinge, S. 3, abrufbar unter: www.cisco.com/c/dam/global/de_de/assets/executives/pdf/Internet_of_Things_IoT_IBSG_0411FINAL.pdf (zuletzt abgerufen am 15.01.2019).

¹¹ *Pieper*, in: Taeger, Tagungsband DSRI Herbstakademie 2017, S. 555 (556).

¹² *Haupt*, The Evolutionary Journey to Society 4.0 v. 21.01.2018, abrufbar unter: <https://medium.com/society4/evolution-of-societies-93a5f0f9b31> (zuletzt abgerufen am 15.01.2019); *Mazali*, AI & SOCIETY 2018, 405, passim.

¹³ So *Heckmann/Knabe*, in: Dalibor et al., Perspektiven des Öffentlichen Rechts, S. 321 (324); ähnlich *Kahl*, Die Verwaltung 42 (2009), 463 (495) („Informations- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts“). Daneben ist vielfach die schlichte Bezeichnung „Informationstechnologiegesellschaft“ in Gebrauch, statt vieler *Paschke*, Digitale Gerichtsöffentlichkeit, S. 148.

¹⁴ So *Lederer*, Open Data, S. 164 ff., passim; *dies.*, in: Metzger/Wimmers, DGRI Jahrbuch 2014, Rn. 582 (595 ff.); zuvor bereits *Flechsig*, GRUR 2006, 888 (890).